

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FRAKTION IM RAT DER STADT SOEST
WALBURGER-OSTHOFEN- WALLSTR.1, 59494 SOEST

**An den Bürgermeister der Stadt Soest
Herrn Dr. Eckhard Ruthemeyer**

**Rathaus I
per Mail**

Soest, den 25.März 2025

Betreff: Bürgerantrag zur Kalten Nahwärme in der Sitzung des SteA am 25.März 2025

Hier: Bitte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um detaillierte Auskunft zu den Rahmenbedingungen der Wärmeversorgung im „Baugebiet Neuer Soester Norden“.

Sehr geehrter Herr Dr. Ruthemeyer,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit ihrem erfolgreichen Antrag der „Klimaneutralität in Soest 2030“ im Jahr 2020 eine Vorgabe für Rat und Verwaltung gesetzt. Dabei stellt sich die anspruchsvolle Aufgabe wie eine Wärmewende in Soest gelingen kann. Aktuell wird mit der kommunalen Wärmeplanung für die gesamte Stadt Soest ein Weg aus dem Einsatz fossiler Energieträger hin zu regenerativen Energien gesucht. Die Stadt Soest ist hier auf einem guten Weg, der unsere volle Unterstützung als Fraktion findet.

Es dient unzweifelhaft dem Klima- und Umweltschutz, wenn die Häuser in dem fraglichen Neubaugebiet „Neuer Soester Norden“ in besonders energieeffizienter Art und Weise mit kalter Nahwärme versorgt werden und die erforderliche Wärme nicht dezentral mit dem Einsatz fossiler Brennstoffe erzeugt wird. Das Baugesetzbuch definiert ausdrücklich entsprechende städtebauliche Ziele. Dort wird eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung festgelegt, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt.

Als konkret definiertes städtebauliches Ziel geht aus § 1 Abs. 6 Nr. 7 f) BauGB auch unmittelbar das Ziel der Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie, insbesondere im Zusammenhang mit der Wärmeversorgung von Gebäuden, hervor.

Bankverbindung:

Bank: Sparkasse SoestWerl, IBAN: DE53 4145 0075 0003 0040 09

www.soest-bewegen.de

Dieser notwendige, aber auch anspruchsvolle Transformationsprozess setzt voraus, dass die Bürgerinnen und Bürger in Soest über die Schritte hin zur Klimaneutralität umfassend informiert werden. Transparenz ist notwendig, um ein Verständnis für die nächsten Schritte in der Umsetzung der Wärmeplanung bei den Bürgerinnen und Bürgern zu finden.

Dazu ist auch der Rat der Stadt über mögliche Fehlentwicklungen in Kenntnis zu setzen. Der Bürgerantrag der Anwohner*innen des Baugebiets „Neuer Soester Norden“ zeigt auf mögliche Folgewirkungen der gewählten Energieversorgung hin, die in der Konsequenz nicht nur eine Angelegenheit des Aufsichtsrates der Stadtwerke sind. Die kommenden Veränderungen in der Wärmeversorgung müssen vom Rat der Stadt Soest und seinen zuständigen Ratsausschüssen offensiv vertreten werden. Dazu brauchen wir als Fraktion Informationen über die von den Bürgerinnen und Bürgern kritisierten Kostensteigerungen und die vorgenommenen technischen Veränderungen in den Verträgen. Zudem sollte eine vergleichende Betrachtung von Fernwärmeverträgen ähnlicher Stadtwerke erfolgen.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen hat bezüglich des Bürgerantrages der Anwohner*innen des Baugebietes „Neuer Soester Norden“ zur kalten Nahwärme das Bedürfnis, zu den Gründen der Beschwerde umfänglich informiert zu werden und darüber hinaus, eine allgemeine Transparenz zu schaffen.

Neben dem Aufsichtsrat der Stadtwerke sind sowohl der Rat als auch die Bürger*innen über die Preispolitik der kalten Nahwärme zu informieren, damit für eine Umsetzung kommunaler Wärmeplanung keine Vorurteile oder Bedenken entstehen. Ziel muss es sein, dass eine zukünftige kommunale Wärmeplanung befördert und positiv akzeptiert wird, sowohl von der Bevölkerung als auch von der Politik.

Mit freundlichen Grüßen

Anne Richter
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen

Werner Liedmann Andrea Klose-Kremp
Mitglieder im Ausschuss für Stadtentwicklung der Stadt Soest

PS beigefügter Artikel der Zeitung für kommunale Wirtschaft (lediglich zur Information).

Dieser öffentliche Artikel in der ZfK lässt befürchten, dass das Vertrauen gegenüber Stadtwerken in der Bevölkerung schwinden könnte. Soester Planungen zu kommunalen Wärmenetzen sollten in der Bevölkerung gefördert werden und nicht durch Intransparenz behindert werden. Dagegen hilft nur eine gute Informationspolitik der Stadt Soest und ihren Stadtwerken.